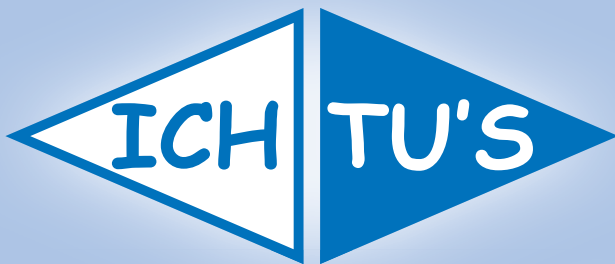


Kommunalwahl 2024

Taten!

statt Worte!



...für **Neuwied**

Ihre
parteiunabhängige
Wählerliste

Die Bürgerliste „Ich tu's“ ist eine parteiunabhängige Wählergruppierung. Hervorgegangen sind wir aus einem Zusammenschluss von Neuwieder Bürgern, die sich durch die etablierten Parteien nicht mehr vertreten gefühlt haben. Über Parteigrenzen hinweg möchten wir uns für unsere Stadt und ihre Einwohner engagieren. Seit 10 Jahren setzen wir uns für Verbesserungen in der Stadt Neuwied ein.

In der Bürgerliste „Ich tu's“ kommen Menschen mit einem breit gestreuten Wissen und unterschiedlichen Interessenschwerpunkten zusammen. Gemeinsam setzen wir uns für folgende, uns wichtige Ziele ein:

Eine attraktive Stadtentwicklung für Jung und Alt

Neuwied ist eine Stadt mit Potential. Dieses Potential muss genutzt werden. Touristen müssen in die Stadt gebracht und Führungen organisiert werden. Ein Schiffsanleger mit regelmäßigen Zu- und Abgangsmöglichkeiten ist unbedingt umzusetzen. Der quadratische Stadtaufbau ist in Deutschland selten zu finden. Ein Schloss in der Innenstadt und im Stadtteil Engers sind attraktiv. Berühmte Persönlichkeiten und ihre Werke (Kinzing, Röntgen, Raiffeisen) sowie die alte Abtei in Rommersdorf sind interessant und können Touristen anziehen.

Historische Bauten in städtischem Besitz wie die Deichkroone und das historische Rathaus verkommen zur Zeit. Es müssen

Nutzungen gefunden werden, welche kostengünstig sind und von den Bürgern angenommen werden.

Die Grünanlagen müssen erhalten und gepflegt werden; oft ist festzustellen dass mangelnde Pflege dazu führt dass Bäume krank werden und gefällt werden müssen. Regelmäßige Pflege trägt zu einem guten Erhaltungszustand bei und Bürger ohne eigene Gärten finden in solchen Grünanlagen Entspannung. Es ist zu prüfen, ob im Stadtgebiet weitere Flächen geeignet sind um das Angebot an Parks und Grünflächen zu erhöhen. In viel genutzten Grünanlagen müssen auch Toiletten vorgesehen werden (z.B. Goetheanlage).

Die Ausstattung der Innenstadt sowie der Stadtteile mit Dingen des täglichen Bedarfs (Bäcker, Metzger, Grundnahrungsmittel) sowie notwendige medizinische Grundversorgung müssen sichergestellt werden. Dazu soll sinnvollerweise Kleingewerbe gefördert werden, indem Anreize zur Ansiedlung geschaffen werden.

Anreize für Wohnbebauung durch ein attraktives Angebot an Wohnungen bedeutet Zuzug von Menschen, bedeutet Arbeitskräfte. Das wiederum bedeutet Steuereinnahmen und Kaufkraft, welche auch dem Kleingewerbe zu Gute kommt.

Moderne Wohnformen (alt und jung unter einem Dach) sind zukunftsweisend für die alternde Gesellschaft und haben Modellcharakter; evtl. kann eine Förderung mit öffentlichen Geldern erfolgen. Der soziale Wohnungsbau ist entsprechend zu berücksichtigen.

Wir befürworten das Wohnen mit der Natur und fordern die Einheit von Natur und Wohnumfeld als Wohnkonzept für Stadtteile.

Neue Wohngebiete (Rasselstein, Hafen, Boesner) erschließen. Dabei müssen Konzepte für moderne klimaneutrale Energieversorgung erarbeitet und umgesetzt werden.

Der Grundsteuermesssatz der Kommune ist eine der höchsten im Land. Damit wird der marode Haushalt finanziert, der unter Verpflichtungen (u.a. Zahlung ehemaliger Bürgermeister, Geschäftsführer GSG) leidet. Eine Senkung entlastet Eigentümer ebenso wie Mieter.

Geht man mit offenen Augen durch die Innenstadt, sieht man über den Geschäften (egal ob diese vermietet sind oder leer stehen) oft leere Wohnungen.

Die Stadt sollte in einem Leerstandkataster ungenutzte Wohnungen erfassen, Handlungsdruck auf Eigentümer ausüben und Maßnahmen fördern, welche geeignet sind, diesen Wohnraum wieder zu nutzen. Dass so etwas möglich ist, zeigt die Stadt Landau mit dem dortigen CDU Bürgermeister Geißler.

Eine menschen- und umweltfreundliche Verkehrspolitik

Gute Wegenetze sind die Lebensadern einer zukunftsfähigen Stadt. Der Erhalt und gleichberechtigte Ausbau für alle Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer) ist oberstes Ziel. Wie in der Luftfahrt sollten die stärksten Teilnehmer das höchste Maß an Rücksicht und Verständnis für schwächere Verkehrsteilnehmer aufbringen. Fußgängern ist daher bei künftigen Verkehrsplanungen oberste Priorität einzuräumen. Sie sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer! Fußgängerüberwege sollten hindernisfrei, gerade für eingeschränkte Verkehrsteilnehmer mit Rollator oder Kinderwagen, gestaltet sein. Für stark besuchte Bereiche, z.B. am Bahnhof, sollten Zebrastreifen geprüft und eingerichtet werden. Alle Innenstadtampeln mit Fußgängerüberwegen müssen zeitnah mit einer Vorrangschaltung und damit verbundenen kürzen Wartezeiten versehen werden, wie es schon jetzt in der Andernacher Straße bei der Deichwelle und in der Hermannstraße bei der Johanna-Löwenherz-Gesamtschule der

Fall ist. Bedenke, dass jeder Autofahrer zu einem anderen Zeitpunkt selbst ein Fußgänger ist.

Im Jahr 2023 wurde im Stadtrat Neuwied ein Verkehrsentwicklungsplan (VEP) beschlossen, der von einem Verkehrsplanungsbüro erarbeitet wurde. Unseren Forderungen wurde in großen Teilen Rechnung getragen. Eine Umsetzung des VEP soll jedoch über einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren erfolgen. Uns ist das viel zu lang, da wir nicht erkennen können, warum Tempo 30 im Cityring Neuwied nicht zeitnah ermöglicht werden kann. Der Stadtvorstand hat angeblich keine rechtliche Handhabe. Gerade Nachbarkommunen, wie die Stadt Weißenthurm, zeigen, dass es durchaus Instrumente, wie z.B. Lärmschutzmaßnahmen gibt, die zu einer Entschleunigung von Verkehrswegen führen kann. In diesem Zusammenhang halten wir es für dringend erforderlich, dass die Stadtverwaltung Lärmmessungen an bekannten Problemgebieten, wie in der Kirchstraße, initiiert und ggf. in Kooperation mit

zuständigen Behörden selbst durchführt, um den Anwohnern einen lebenswerten und erholsamen Raum zurückzugeben.

Neuwied ist aufgrund seiner Beckenlage ein stark vorbelastetes Gebiet, gerade im Hinblick auf NO₂ (Stickstoffdioxid). Dies zeigt sich u.a. in einem OVG-Beschluss aus der Genehmigungsphase eines Biomasseheizkraftwerks in Neuwied im Jahr 2006. In Neuwied sind zwei Luftmessstationen installiert, die vom Land RLP betrieben werden. Während die Messstation in der Hafestraße die Umgebungsluftqualität im Neuwieder Becken anzeigt, soll die Messstation am Heimathaus Neuwied eine sogenannte Hotspot-Messung machen. Idealerweise würde diese an einer Stelle mit hoher Schadstoffkonzentration vorgenommen werden. Wir halten daher den aktuellen Standort nicht für geeignet, da nach der Versetzung vom vorherigen Standort am Metropol-Kino deutlich niedrigere Werte gemessen werden, ohne dass sich die Innenstadt-situation zum Vorteil geändert hätte. Zum Schutz der Bevölkerung ist die Messung der höch-

sten Schadstoffkonzentration an einem geeigneten Standort im Cityring vorzunehmen, da ansonsten die Werte nicht repräsentativ sind. Wir fordern daher die Versetzung der Station in den Bereich enger „Häuser-schluchten“, an dem ein geringerer Luftaustausch stattfindet.

Parkgebühren müssen derart gestaltet sein, dass ein Kurzparken in der Innenstadt unterstützt, jedoch ein Dauerparken die Anreise neuer Kunden nicht blockiert. Eine effizientere Parkplatzsuche durch ein Parkleitsystem ist unabdingbar. Starts und Stopps bedürfen einer Optimierung der Ampelschaltzeiten. Die Abschaltung von Ampeln sollte darüber hinaus geprüft und an erforderlichen Stellen Ampeln durch Verkehrskreisel ersetzt werden. Zahlreiche Beispiele in Neuwied beweisen, dass dadurch ein reibungsloser Verkehrsfluss ermöglicht wird. Der Einsatz von sogenannten grünen Pfeilen kann dies noch fördern.

Die Infrastruktur für Fahrradfahrer muss ausgebaut und besser angebunden werden, um Autofahrern den Umstieg zu vereinfachen. Gerade der Bahn-

hofsvorplatz Neuwied erweist sich als fahrradunfreundlich im Hinblick auf Verkehrswege und Abstellmöglichkeiten. Die Einrichtung von Tempo 30 im Cityring senkt die Gefährdung der Fahrradfahrer vor allem in Bereichen ohne vorhandene Radwege. Fahrradstraßen würden darüber hinaus die Unfallgefährdung stark senken. Gefahrenstellen sind durch Organisationen wie dem ADFC bereits verortet und bedürfen einer schnellen Verbesserung der Situation.

Ein Rückgang des motorisierten Individualverkehrs durch Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs erreicht eine Entlastung und mehr Attraktivität für Anwohner, Touristen und Gewerbetreibende in Neuwied. Der Busverkehr zwischen Innenstadt und Stadtteilen muss ausgebaut werden. Fahrtrouten und Haltepunkte müssen regelmäßig geprüft sein. Idealerweise ist bei höherer Taktung ein Fahrplan nicht mehr notwendig. Der Einsatz von Bürgerbussen sowie Kinder- und Jugendtaxen, auch zu Nachtzeiten, erachten wir als förderungs- und unterstützungswürdig, bis der Busver-

kehr eine ideale Ausbaustufe erreicht hat. Staus und Umweltbelastungen würden durch den Einsatz von zusätzlichen Shuttle-Bussen an stark besuchten Veranstaltungstagen reduziert und die Umsätze gesteigert werden. Die Wiederinbetriebnahme des ehemaligen Bahnhaltepunktes Fahr-Irlich sollte geprüft werden, da sie eine hohe Erschließungswirkung hat. Der Abstand zwischen den Bahnhöfen Neuwied und Leutesdorf erweist sich bei näherer Betrachtung als zu groß.

Neuwied muss mehr Anreize für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs schaffen. Der Busverkehr sollte in Stadt und Kreis Neuwied mittelfristig kostenlos bzw. ticketlos sein.

Die Stadtteile und das Umland müssen besser und einfacher ans Stadtzentrum angebunden werden, um die Attraktivität und damit auch die Umsätze des Einzelhandels zu steigern. Das aktuelle 49,- Euro Deutschlandticket ist aus unserer Sicht nur als erster Zwischenschritt zu betrachten. Ein ticketloser Verkehr bedeutet auch Bürokratieabbau für alle!

Mehr direkte Demokratie und Transparenz / Soziales Miteinander aller Gesellschaftsschichten und Kulturen

Wir stellen die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt all unserer Bestrebungen nach Verbesserung. Dazu zählt auch die Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft. In unserer Kommune gilt es daher mehr Bürgerinnen und Bürger in die politische Willensbildung bei der Herbeiführung von konkreten, sie betreffenden Entscheidungen einzubinden. Ein sehr gutes Angebot dafür waren die 2018 durch die städtische Verwaltung initiierten acht Arbeitsgruppen. Mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger waren darin ehrenamtlich mit der kreativen Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Aufwertung unserer Stadt engagiert. Die Corona-Pandemie führte schon 2020 zu erheblichen Einschränkungen und bereits 2022 war spürbar, dass die Verwaltung an einer Fortführung dieser basisdemokratischen Einrichtung das Interesse verloren hatte. Wir fordern eine Wiederbelebung der Arbeitsgruppen, die Erweiterung um weitere Themenbereiche und deren Ver-

stetigung. Unser Ziel ist eine umfangreiche Vernetzung der parlamentarischen Gremien mit Initiativen aus der Zivilgesellschaft.

Die Einwohnerfragestunde in den Stadtratssitzungen sollte noch stärker durch die Bürgerinnen und Bürger als Mitwirkungsmöglichkeit genutzt werden. Die städtische Verwaltung muss daher auch den Zugang zu den Sitzungsunterlagen im Internet anwenderfreundlicher gestalten.

Das Bürgerbüro ist die Visitenkarte unserer Kommunalverwaltung und Repräsentant der demokratischen Exekutive. Terminvergaben müssen für alle, auch ohne Internetzugang möglich sein.

Um sozialen und ethnischen Spannungen vorzubeugen sowie zur Förderung des sozialen Miteinander ist es unabdingbar, das in einigen Innenstadtbereichen bereits erfolgreich funktionierende Quartiersmanage-

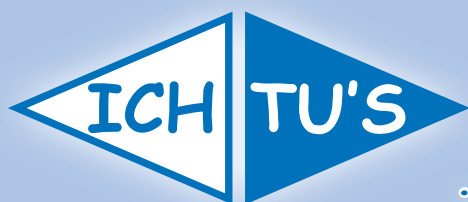
ment in weiteren Bereichen und Stadtteilen einzurichten. Die Lebenslagen und Quartiere benachteiligter und ausgegrenzter Gruppen sollen dadurch verbessert werden. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist wichtig und wird von Fachkräften in Quartiersbüros und der städtischen Verwaltung angeregt und begleitet. Im Zusammenspiel staatlicher, zivilgesellschaftlicher und privater Akteure werden unterschiedliche Bereiche wie Wohnen, Gesundheit, Verkehr, Umwelt und Freizeit diskutiert und (weiter-)entwickelt.

Der durch private Initiative jährlich stattfindende „Tag der Religionen“ sollte ergänzt werden durch ein ebenso jährlich stattfindendes multiethnisches weltoffenes Kulturfestival, bei dem sich die Vielfalt der in unserer Kommune lebenden Ethnien als alle Bewohner bereichernden Schatz darstellen kann.

Nicht zuletzt ist es uns ein Anliegen, kommunale Instrumente zu entwickeln, um die Generation der Großeltern mit jener der Enkel auch dann zu verbinden, wenn keine Verwandtschaft vorliegt. So könnten „Opa“ oder „Oma“ dann aushelfen, wenn Baby-Sitting angesagt ist oder „Enkel“ bzw. „Enkelin“ dort Besorgungen erledigen, wo Omas und Opas eingeschränkt sind.

... Es gibt nichts Gutes,
außer man tut es
(W. Busch)

Ich tu's -DIE BÜRGER- Initiative e.V.
Kreisgruppe Neuwied
c/o Patrick Simmer
Rodenbacher Str. 12
56567 Neuwied



...für **Neuwied** 